

NIEDERSCHRIFT
ÜBER DIE 16. SITZUNG DES KREISTAGES DES RHEIN-LAHN-KREISES
IN DER 10. WAHLPERIODE AM 11.12.2017
IN BAD EMS

Es sind anwesend:

A. Vorsitzender:

Herr Landrat Frank Puchtler Oberneisen

B. Kreisbeigeordnete:

Frau Erste Kreisbeigeordnete Gisela Bertram Nievern
Herr Kreisbeigeordneter Karl Werner Jüngst Niederneisen
(bis einschl. I. 3.)
Herr Kreisbeigeordneter Horst Gerheim Obernhof

C. Mitglieder des Kreistages:

Herr Aslan Basibüyük Dachsenhausen
Frau Monika Becker *(bis einschl. I. 4.)* Winden
Herr Klaus Brand *(bis einschl. I. 4.)* Ehr
Herr Karl Peter Bruch *(bis einschl. I. 3.)* Nastätten
Herr Jörg Denninghoff *(bis einschl. I. 3.)* Allendorf
Herr Christoph Ferdinand Lahnstein
Herr Manfred Friesenhahn Weisel
Herr Raimund Friesenhahn Dahlheim
Frau Erika Fritsche Winden
Herr Harald Gemmer Eisighofen
Herr Carsten Göller Eschbach
Herr Günter Groß Lahnstein
Herr Jens Güllering *(bis einschl. I. 4.)* Kestert
Herr Bernd Hartmann Gemmerich
Herr Heinz Keul Fachbach
Herr Horst Klöppel *(bis einschl. I. 4.)* Katzenelnbogen
Herr Matthias Lammert Diez
Frau Gabriele Laschet-Einig Lahnstein
Herr Franz Lehmler Nievern
Herr Ulrich Lenz Katzenelnbogen
Herr Hans-Wilhelm Lippert Scheidt
Herr Dennis Maxeiner *(bis einschl. I. 4.)* Dahlheim
Herr Dietmar Meffert Diez
Frau Ursula Ohl Altendiez

Herr Ernst-Georg Peiter <i>(bis einschl. I. 4.)</i>	Miehlen
Herr Udo Rau	Nassau
Herr Oliver Sacher	Gemmerich
Herr Peter Schleenbecker	Katzenelnbogen
Frau Eva Schmidt	Singhofen
Herr Michael Schnatz	Diez
Herr Thomas Scholl	Oelsberg
Frau Evelin Stotz	Schiesheim
Herr Birk Utermark	Bad Ems
Frau Irmtraud Wahlers	Fachbach
Herr Josef Winkler	Bad Ems
Herr Mike Weiland	Kamp-Bornhofen
Frau Rita Wolf	Braubach

D. Es fehlen:

Herr Matthias Boller	Lahnstein
Herr Werner Groß	Lahnstein
Herr Hans-Josef Kring	Lykershausen
Herr Peter Labonte	Lahnstein
Herr Johannes Lauer	Lahnstein

E. Von der Verwaltung:

Herr Büroleiter Friedhelm Rücker
Herr stellv. Büroleiter Thorsten Butzke
Herr Geschäftsbereichsleiter Hans-Ulrich Schöberl
Frau Geschäftsbereichsleiterin Andrea Kleinmann
Herr Abteilungsleiter Bernd Menche
Herr stellv. Abteilungsleiter Alexander Neeb
Herr Abteilungsleiter Dieter Petri
Herr Abteilungsleiter Jürgen Nickel
Herr Abteilungsleiter Manfred Crecelius
Frau Abteilungsleiterin Beate Mies
Herr kaufmännischer Werkleiter Thomas Fischbach
Frau stellv. Abteilungsleiterin Petra Hoppe
Frau Severin Holl
Frau Jessica Roßtäuscher
Herr Joachim Schneider
Frau Caroline Geisner
Herr Yakub Kiziltoprak
Herr Uwe Rindsfüßer
Herr Personalratsvorsitzender Markus Lewentz

F. Schriftführer:

Herr Timm Jörnhs

G. Gäste:

Frau König-Lehrmann, Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal

Herr Jöckel, Rhein-Lahn-Zeitung

Bürgerinnen und Bürger

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung des Kreistages um 17:05 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Hinsichtlich der mit Schreiben vom 29.11.2017 vorgelegten Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben bzw. keine Änderungswünsche vorgetragen, so dass die Tagesordnung wie folgt einstimmig beschlossen wird:

I. Öffentliche Sitzung:

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Haushalt des Rhein-Lahn-Kreises;
 - a) Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltplan des Rhein-Lahn-Kreises für das Haushaltsjahr 2018 (inkl. Anlagen)
 - b) Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2018 für das Forsteinrichtungswerk Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft (Forstwirtschaftsplan 2018)
 - c) Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft
3. Rhein-Lahn-Kreisstraßenbauprogramm;
Mitteilung über eine Eilentscheidung nach § 42 LKO;
Vergabe von Bauleistungen zu Straßenbauarbeiten im Bereich der K 33 OD Balduinstein
4. Bundesgartenschau 2031
5. Bericht der Besuchskommission nach § 29 des Landesgesetzes für psychisch kranke Personen (PsychKG) über die Begehung der Station 1A des St. Elisabeth-Krankenhauses in Lahnstein
6. Nachwahl Kreisrechtsausschuss
7. Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und -mitglieder
8. Einwohnerfragestunde
9. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

II. Nichtöffentliche Sitzung:

1. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

I. Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet der **Vorsitzende**, den im Laufe des Jahres verstorbenen ehemaligen Mitgliedern des Kreistages und ehemaligen Ausschussmitgliedern zu gedenken.

- ❖ Herr Walter Bubinger (CDU) verstarb im April 2017. Herr Bubinger war von 1958 - 1994 Mitglied des Kreistages, von 1958 - 1960 stv. Mitglied des Finanzausschusses, von 1964 – 1969 stv. Mitglied des Fremdenverkehrsausschusses, von 1969 – 1974 stv. Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses und von 1969 – 1974 ordentliches Mitglied des Fremdenverkehrsausschusses. Für seine Verdienste wurde er 1979 mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, 1994 mit der Ehrenurkunde des Gemeinde- und Städtebundes bzw. des Landkreistages und der Ehrenplakette des Rhein-Lahn-Kreises ausgezeichnet.

Dem Verstorbenen gebühre in dankbarer Erinnerung Anerkennung und Respekt.

Im Anschluss ehrt der Vorsitzende Herrn Karl Werner Jüngst für seine 30-jährige Mitgliedschaft im Kreistag des Rhein-Lahn-Kreises bzw. seine Tätigkeit als Kreisbeigeordneter und überreicht diesem die Dankurkunde des Landkreistages Rheinland-Pfalz. Herr Jüngst war von 1987 - 2014 Mitglied im Kreistag. Nach der Wahl zum Kreisbeigeordneten legte er das Mandat zum 01.07.2014 nieder und ist seit diesem Tage als Kreisbeigeordneter tätig. Im Anschluss daran bedankt sich Herr Jüngst für die netten Worte und die vorgenommene Ehrung.

Punkt 1:

Genehmigung der Niederschrift

Gegen die vorgelegte Niederschrift der 15. Sitzung des Kreistages in der 10. Wahlperiode vom 25.09.2017 werden *keine* Einwendungen erhoben bzw. keine weiteren Änderungswünsche vorgetragen, so dass die Niederschrift einstimmig genehmigt wird.

Punkt 2:

- a) **Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan des Rhein-Lahn-Kreises für das Haushaltsjahr 2018 (inkl. Anlagen)**
- b) **Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2018 für das Forsteinrichtungswerk Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft (Forstwirtschaftsplan 2018)**
- c) **Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft**

Es folgt die Rede des **Vorsitzenden** zum Kreishaushalt 2018 sowie zum Forstwirtschaftsplan 2018 für das Forsteinrichtungswerk Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft und zum Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft (Anlage 1).

Im Anschluss folgen zum Kreishaushalt 2018 bzw. zum Forstwirtschaftsplan 2018 des Forsteinrichtungswerks und zum Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft die Redebeiträge von

- Herrn **Göller** für die SPD-Kreistagsfraktion (Anlage 2),
- Herrn **Lammert** für die CDU-Kreistagsfraktion (Anlage 3),
- Herrn **Hartmann** für die FWG-Kreistagsfraktion (Anlage 4),
- Herrn **Winkler** für die Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen (Anlage 5),
- Herrn **Sacher** für die LKR-Kreistagsfraktion (Anlage 6),
- Frau **Becker**, FDP, (Anlage 7) und
- Herrn **Lenz**, Die Linke, (Anlage 8).

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, stellt der **Vorsitzende** die Beschlussvorschläge zur Abstimmung.

a) Die Mitglieder des Kreistages beschließen einstimmig bei einer Stimmenthaltung die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 inkl. Anlagen in der vorliegenden Fassung.

b) Die Mitglieder des Kreistages stimmen dem Forstwirtschaftsplan des Forsteinrichtungswerkes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft für das Betriebsjahr 2018 einstimmig zu.

c) Die Mitglieder des Kreistages stimmen dem Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft für das Wirtschaftsjahr 2018 einstimmig zu.

Punkt 3:

Rhein-Lahn-Kreisstraßenbauprogramm;

Mitteilung über eine Eilentscheidung nach § 42 LKO;

Vergabe von Bauleistungen zu Straßenbauarbeiten im Bereich der K 33 OD

Balduinstein

Die Mitglieder des Kreistages beschließen einstimmig die Vergabe der Straßenbauarbeiten im Bereich der K 33 OD Balduinstein an die Firma EUROVIA Teerbau GmbH NL Koblenz zum Bruttoangebotspreis von 169.957,29 € im Los Straßenbau.

Punkt 4:

Bundesgartenschau 2031

Der **Vorsitzende** begrüßt Frau König-Lehrmann vom Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal und bittet diese, zu dem Punkt vorzutragen.

Frau **König-Lehrmann** präsentiert den Mitgliedern des Kreistages die Ergebnisse der

Machbarkeitsstudie, welche von Minister Lewentz kürzlich auf der Festung Ehrenbreitstein vorgestellt wurden. Dabei geht sie insbesondere auf die Potentiale einer Bundesgartenschau im Oberen Mittelrheintal, das Ausstellungskonzept, geeignete Standorte sowie die Aufstellung der Finanzierung ein. Anhand einer Präsentation verdeutlicht sie, dass Verkehr, Tourismus, Digitalisierung, Demografie und der Wandel der Kulturlandschaft das Obere Mittelrheintal vor viele Herausforderungen stelle und die BUGA 2031 entscheidende Anstöße zu deren Lösung geben könne.

Herr **Weiland** dankt allen Beteiligten, sowohl Haupt- als auch Ehrenamtlichen und dem Verein der Freunde der BUGA 2031, die die Idee voranbringen. Seine Fraktion finde es beachtlich, wie sich eine politische Idee seit Mai 2015 fortentwickelt und welches Konzept sich daraus ergeben habe. Eine winzige Kritik höre man leider von Leuten, die sich noch nicht mit dem Konzept auseinander gesetzt haben, denn diese würden nur an eine reine Blumenschau denken. Hier sei es Aufgabe von allen, diese Leute davon zu überzeugen, dass weitaus mehr dahinter stecke. Er betont, dass dieses Projekt nur gemeinsam gestemmt werden könne und man die gesamte kommunale Familie mit ins Boot holen müsse.

Herr **Ferdinand** führt aus, auch die CDU-Fraktion begrüße und unterstütze dieses Projekt und sehe darin riesige Entwicklungsmöglichkeiten.

In der Folge beantwortet Frau König-Lehrmann Fragen von Herrn **Lenz** bezüglich Verkehrsanbindung, Ticketkonzeption und Genehmigung der Aufsichtsbehörden.

Herr **Hartmann** sieht dem Projekt ebenfalls positiv entgegen und führt an, dass man viel mehr für eine Region gar nicht erreichen könne. Wie jedoch bereits im Kreisausschuss angesprochen, sei ein enges Finanzcontrolling enorm wichtig.

Auch Herr **Winkler** begrüßt eine Bewerbung und die damit verbundene Chance des Kreises, nachhaltig auf sich aufmerksam zu machen.

Frau **Becker** betont eben diese Nachhaltigkeit für das Mittelrheintal und das Entwicklungspotential, welches sich durch Investitionen im Bereich des Tourismus ergebe.

Herr **Basibüyük** spricht sich ebenfalls für das Projekt aus.

Die Mitglieder des Kreistages genehmigen einstimmig den in der Zweckverbandsversammlung am 28.11.2017 zur BUGA-Bewerbung gefassten Beschluss:

Das in der Machbarkeitsstudie dargestellte Finanzierungsmodell für einen kommunalen Kostenanteil von 14,4 Millionen Euro auf Basis des bisherigen Zweckverbands-Umlageschlüssel für den kommunalen Finanzierungsanteil der BUGA 2031 GmbH anzuwenden.

Weiterhin beschließen die Mitglieder des Kreistages einstimmig den Landrat zu beauftragen, dem folgenden Beschlussvorschlag zur BUGA-Bewerbung zuzustimmen:

1. Der Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal nimmt die vom rheinland-pfälzischen Innenministerium finanzierte BUGA-Machbarkeitsstudie an.
2. Der Zweckverband übernimmt die BUGA-Machbarkeitsstudie als verbindliche, einzige und abschließende Unterlage für die Bewerbung um die Bundesgartenschau im Jahr 2031.
3. Der Zweckverband und seine Kommunen bewerben sich um die Durchführung der Bundesgartenschau 2031.
4. Der Zweckverband wird nach der Zusage durch die Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft (DBG) zur Planung und Durchführung der Bundesgartenschau 2031 im Jahr 2018 gemeinsam mit der DBG und den Ausstellerkommunen die Bundesgartenschau 2031 Gesellschaft mit beschränkter Haftung (BUGA 2031 GmbH) gründen; der Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal, die Ausstellerkommunen und die Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft werden Gesellschafter zu gleichen Teilen.
5. Die Geschäftsführung der Jahre 2018 bis 2021 soll durch die Entwicklungsgesellschaft Rheinland-Pfalz e.V. (EA) erfolgen.
6. Die BUGA-Geschäftsstelle wird im Jahr 2022 die Arbeit aufnehmen.

Punkt 5:

Bericht der Besuchscommission nach § 29 des Landesgesetzes für psychisch kranke Personen (PsychKG) über die Begehung der Station 1A des St. Elisabeth-Krankenhauses in Lahnstein

Der **Vorsitzende** bittet Frau Laschet-Einig, den Bericht vorzutragen.

Frau **Laschet-Einig** berichtet über ein bewegendes Jahr 2017, was nicht zuletzt durch negative Schlagzeilen über die Station 1A des St. Elisabeth-Krankenhauses erklärbar sei. Auch deshalb habe man einen unangekündigten Besuch der geschützten Station vorgenommen. Bei der Dokumentation der Fixierungsprotokolle sei ein positiver Entwicklungsprozess zu sehen, allerdings sei die räumliche Enge auf der Station weiterhin ein negativer Punkt. Angekündigte Spatenstiche seien nicht eingehalten worden, vielmehr würden immer noch drei Personen in einem Zimmer untergebracht werden. Gelegentlich käme es auch zu Flurbelegungen mit Fixierung. Sie spricht weitere Themen wie Handyverbot und das Fehlen eines Raucherbereichs an. Es müsse endlich Abhilfe in Form von Umbaumaßnahmen geschaffen werden, so dass Patienten und Pflegepersonal davon profitieren.

Herr **Lenz** kritisiert, dass für Raucher kein eigener Raum zur Verfügung steht. Ebenso sollte trotz Handyverbot die Möglichkeit bestehen, mit Angehörigen telefonischen Kontakt aufzunehmen, ohne dass andere das Gespräch mithören können. Er regt an, eine Begehung in einer kleinen Gruppe von Kreistagsmitgliedern durchzuführen, um das Interesse der Politik zu diesem sensiblen Thema zu verdeutlichen.

Frau **Laschet-Einig** greift den letzten Punkt auf, bittet jedoch um Verständnis, dass die Patienten ein Recht auf ihre Privatsphäre hätten und man es bei Besuchen der Besuchs-

kommission belassen solle.

Der **Vorsitzende** bedankt sich bei Frau Laschet-Einig für den Bericht und sagt zu, zielführende Gespräche zu führen und den Mitgliedern in einer der nächsten Sitzungen darüber zu berichten.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen die Informationen zur Kenntnis. Der Landrat schlägt vor, ein gemeinsames Gespräch mit der Besuchskommission und der Klinikleitung zu führen, um die bereits 2017 angedachten Maßnahmen anzustoßen.

Punkt 6:

Nachwahl Kreisrechtsausschuss

Gegen eine offene und per Handzeichen durchgeführte Wahl gemäß § 33 Abs. 5 LKO werden keine Einwendungen erhoben.

Die Mitglieder des Kreistages wählen entsprechend dem Wahlvorschlag im Wege der offenen Abstimmung gemäß § 33 Abs. 5 Landkreisordnung einstimmig bei einer Stimmenthaltung folgende Person zum Beisitzer in den Kreisrechtsausschuss:

lfd. Nr.	Mitglied	Wohnort	Funktion	Wahlvorschlag von
1	Jansing, Carsten	Niederneisen	ordentliches Mitglied	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Punkt 7:

Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und -mitglieder

Es liegen *keine* Anträge oder Anfragen vor.

Punkt 8:

Einwohnerfragestunde

Es liegen *keine* Einwohnerfragen vor.

Punkt 9:

Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

Es liegen *keine* Mitteilungen vor.

II. Nichtöffentliche Sitzung:

(...)

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf mehr ergibt, schließt der **Vorsitzende** die 16. Sitzung des Kreistages in der 10. Wahlperiode um 19:55 Uhr.

Der Vorsitzende:

gez.
(Frank Puchtler)
Landrat

Der Schriftführer:

gez.
(Timm Jörnhs)

Haushaltsrede von Herrn Landrat Frank Puchtler
zum Kreishaushalt 2018 am 11.12.2017

- es gilt das gesprochene Wort! -

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Alle Jahre wieder kommt es mit dem Haushaltsbuch des Kreises zur Entscheidung im Dezember.

Dazu passt es gut, einen Blick auf gestern Nachmittag zu werfen. Da war in einer schönen Gemeinde im Blauen Ländchen ein toller Weihnachtsmarkt und dieser fand bereits zum 19. Mal statt. Er wird mit hohem Engagement von zwei Familien organisiert, die die ganze Dorfgemeinschaft mittlerweile dazu bewegt haben, sich einzubringen. Das zeigt, dass wir viele Menschen im Kreis haben, die für uns und für die Gesellschaft arbeiten. Das sind Menschen in Vereinen, in Verbänden, im traditionellen wie privatem Ehrenamt. Ich finde, dies ist eine tolle Sache und es ist ein gutes Beispiel, wie sich im Kreis unsere Bürgerinnen und Bürger engagieren. Sie fahren nicht einfach durch die Landschaft, sondern schauen nach links und rechts und sie schauen nicht nur, nein, sie packen an.

In Zeiten, in denen die Welt sich sehr schnell dreht, spürt man hier im Kreis, dass die Bürger sich einbringen. Sie versuchen in ihren Dörfern eine Linie zu finden, indem sie uns kräftig unterstützen. Rund 50% der Bürgerinnen und Bürger des Rhein-Lahn-Kreises stehen mittendrin im Ehrenamt. Auch für sie, die ja die Bürgerschaft des Rhein-Lahn-Kreises repräsentieren, einen ganz herzlichen Dank. Wir sollten alles dafür tun, unsere Entscheidungen am Blickwinkel der Bürger entsprechend auszurichten. Ich glaube, dann sind wir auf dem richtigen Weg. Herzlichen Dank an alle, die sich im Kreis engagieren und die Bitte zum Weitermachen.

Der Haushalt ist immer auch ein Kursbuch. Das Kursbuch 2017 haben wir erlebt. Das Neue hat rund 353 Seiten und ich bedanke mich an erster Stelle herzlich bei Herrn Menche und seinem Team, welche dieses Kursbuch federführend zusammengestellt haben. Es ist auch immer ein Gesamtwerk aller 472 Mitarbeiter des Kreises. Auch diese möchte ich in meinen Dank einschließen. So ein Jahr verläuft ja sprichwörtlich wie auf See. Mal läuft es gut, mal sind die Wogen glatt, mal müssen die Wogen geglättet werden. Das Schiff muss auf Kurs bleiben und ich glaube mit dem Kursbuch des Haushaltes sind wir ganz gut durch die Wellen des Jahres 2017 gekommen.

Wir versuchen als Kreisverwaltung Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger zu sein. Wir versuchen unsere Möglichkeiten zu nutzen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Weg gehen können, Stichwort Fachkräftenachwuchs. Mit der entsprechenden Integration des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft ist vieles auf den Weg gebracht worden und ich bitte um Verständnis, wenn ich das an dieser Stelle ein bisschen mit Stolz sagen darf, die derzeitigen Organisationsüberprüfungen der Abteilungen erledigen wir mit eigenen Mitarbeitern. Andere investieren viel Geld um

von externer Seite sich Hilfe zu holen. Wir sagen, die Mitarbeiter, die am Arbeitsplatz sind, wissen am besten wo es hakt oder klemmt und versuchen es gemeinschaftlich anzugehen. Und das ohne große Umstände, insofern ganz, ganz herzlichen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

Bei allen positiven Dingen und allen bestehenden Strukturen, eines bleibt und das haben wir bei der Einbringung des Kreishaushaltes schon besprochen. Der Konsolidierungspfad wurde Ihnen vorgestellt. Bis 2024 streben wir an, das negative Eigenkapital abzubauen. Und bei optimistischer Annahme, bei gleichbleibenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und bei gleichbleibenden Umlagesätzen sollte dies zu schaffen sein. Dies würde uns Spielräume einräumen die wir in vielen Bereichen dringend brauchen. Ob Turnhallenprogramm, ob Straßenbauprogramm. Als Grundlage der Haushaltsplanung bleibt auch das Risiko einer möglichen Zinsänderung. Die Konjunktur läuft sehr gut. Die Arbeitsmarktdaten sind auch günstig, aber wissen wir wie sich das weiter auswirkt? Wie wird sich Europa weiter entwickeln? Damit verbunden natürlich auch die Steuereinnahmen. Aktuell sieht es nicht schlecht aus, aber da könnte es zu Veränderungen kommen. Und wir haben es in den vergangenen Jahren erlebt. Welt- und europapolitisch kommen manchmal spezielle Aufgaben auf uns zu, wie z.B. der große Komplex der Zuwanderung. Diese Dinge müssen wir als Verwaltung im Blickfeld haben.

Der zweite Schwerpunkt neben dem Konsolidieren ist das Investieren. Investieren, das heißt überlegen für was setzen wir die vorhandenen Mittel ein? In Zukunftsaufgaben, in Handlungsfelder wie etwa die Rhein-Lahn Kitaförderung. Das bedeutet 83 Kindertagesstätten in vielfältiger Form über das ganze Kreisgebiet verteilt. Ein enorm wichtiger Faktor um die Kreisbevölkerung nach vorne zu bringen, um offensiv die Herausforderung der Demographie anzugehen.

Planung, Konzeption, Bau, Sanierung, Ausstattung und Personal. Wir versuchen als Kreis, mit Unterstützung der Fachgremien, unseren Beitrag zu leisten. Das ganze Programm umfasst die stolze Summe von 37,8 Millionen Euro. Wirklich gut angelegtes Geld für die Zukunft unserer jungen Menschen.

Hier möchte ich anschließen an den Bereich der Bildung. Wir haben über 10 Schulen in der Trägerschaft des Rhein-Lahn-Kreises. Das bedeutet Kosten für die laufende Unterhaltung, personelle Verantwortung für die Mitarbeiterinnen im Sekretariat, im Reinigungsdienst und auch der Hausmeister. Wir sind dabei einen Schwerpunkt im Bereich der Medien zu setzen. Das bedeutet, die Schule muss gut angeschlossen sein an das technische Netz, sie braucht einen technischen Support. Die geplante Digitalisierung ist im Haushalt mit abgebildet, denn es ist wichtig, mit der Zeit zu gehen. Es gibt keine Tätigkeit mehr, die sie heute ohne diese technische Grundausstattung bewältigen können. Die Digitalisierung schreitet voran, daher sollten wir sie offensiv begleiten. Offensiv begleiten heißt in unserem Fall mit über 9,3 Millionen Euro, die in diesen Bereich fließen.

Der dritte Baustein ist die Infrastruktur. Die bewährte Arbeit des Lenkungsausschusses Digitalisierung sollte fortgesetzt werden. Unser Kreisentwickler wird das mit als erste Aufgabe im Januar auf den Weg bekommen, zu schauen, was tut sich auf Bundes und Landesebene. Damit verbunden im Lenkungsausschuss nicht nur die Fortschreitung der Digitalisierung und Optimierung, sondern auch das Stichwort Mobilfunknetz. An diesem Beispiel möchte ich deutlich

machen wie wichtig es ist, dass wir dauerhaft Unterstützung vom Bund bekommen. Mit dem Breitbandprojekt von knapp 11 Millionen Euro hat die kommunale Familie einen Anteil gebracht, hier wurden wir bereits kräftig von Land und Bund unterstützt.

Wenn wir unsere Aufgaben im Bereich der Kindertagesstätten, der Bildung und der Infrastruktur sehen brauchen wir aber auch jede Unterstützung, gerade im ländlichen Raum. Von daher glaube ich wäre es gut, wenn man in Berlin bei den zukünftigen Neuaufstellungen auf politischer Ebene das Thema: Gemeinschaftsaufgabe zur dauerhaften Unterstützung des ländlichen Raumes fest verankert. Es würde uns vieles erleichtern. Dass wir es in der Praxis gut umsetzen, haben wir ja gemeinschaftlich gezeigt. Das ist eine Forderung nach Berlin, dort einen Ansatz zu finden. Es wäre gut, wenn eine Gemeinschaftsaufgabe „Förderung des ländlichen Raumes“ fest im Grundgesetz verankert werden würde.

Der nächste Schritt im Bereich der Infrastruktur ist der Bereich der Mobilität. Die Mobilität auf Straßen, dem öffentlichen Personennahverkehr und in vielen anderen Bereichen, dort sind wir im Kreisstraßenbauprogramm engagiert unterwegs. Wir haben das Programm weiter fortgeschrieben. Für das größte Projekt, welches wir gerne realisieren möchten, haben wir den Beschluss, dass wir bereit sind, das Raumordnungsverfahren aus unserer Sicht zu starten. Vom Land wurde zugesagt, dass der Startschuss erfolgen kann, ohne dass Kosten für den Rhein-Lahn-Kreis entstehen. Erst wenn eine Realisierung erfolgt, entstehen diese. Daher die Bitte: schaffen wir Fakten im Sinne dass wir auch dort vorankommen.

Rhein-Lahn-Mobilitätszentrale ist ein weiteres Stichwort. Straßenbau ist das Eine, das Thema des ÖPNV das Andere. Wir sind Vorreiter, es war kein einfacher Prozess bei diesem Linienbündel. Wir sind vorneweg gegangen, sind auch 2018 wieder mit über 8 Millionen Euro in diesem Bereich dabei. Die Aufgabe, 15.000 junge Menschen jeden Morgen sicher in die Schulen und Kitas und auch wieder nach Hause zu bekommen, muss ernst genommen werden! Alleine das ist eine hohe Verantwortung bei über 137 Ortschaften. Von daher bitte ich, dass man dies weiter kräftig unterstützt. Die Mobilität im Rhein-Lahn-Kreis muss entsprechend gesichert werden.

Das wird mit vielen anderen Aktivitäten im Bereich der Dorferneuerung, und Stadtentwicklung begleitet. Der Kreis versucht in vielen Bereichen, den Kommunen Unterstützung zu geben, damit wir in der Zukunft weiter voranschreiten können.

Ein großer Baustein ist der Bereich Soziales und sie haben es den Haushaltsunterlagen entnommen, es sind über 73% des gesamten Haushaltsvolumens. 136 Millionen Euro im Komplex Soziales, Jugend und Familie. Ich möchte ausdrücklich das Thema der Arbeitsplätze im sozialen Bereich, in Krankenhäusern, in Kindertagesstätten, in Sozialstationen, in der Stiftung Scheuern und in vielen anderen sozialen Bereichen ansprechen. Hier steckt viel Leistung und Engagement sowie Investition in die Bürgerschaft des Rhein-Lahn-Kreises dahinter.

Damit verbunden auf Kreisebene das Thema Sicherheit. Ich glaube, das ist ein sehr kostbares Gut. Nicht nur die soziale Sicherheit, nicht nur die Sicherheit im Bereich der Gesundheit, sondern auch der Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes. Wir haben die schnellen Einsatzkräfte erweitert, wir haben die Malteser und andere

Hilfsorganisationen mit ins Boot geholt, wir haben ein Netzwerk geflochten um alles dafür zu tun, dass wir für den Ernstfall optimal gerüstet sind. Nur ein Beispiel ist der Neubau der Rettungswache Nassau. Das soll verdeutlichen: Wir leben in einem sicheren Kreis und wir möchten alles dafür tun, dass dies auch so bleibt.

Sicherheit bedeutet auch Entsorgungssicherheit, da komme ich in den Komplex der Abfallwirtschaft. Wenn Sie hier die Zahlen sehen, sehen sie vielleicht in erster Linie ein Defizit. Aber das Defizit hat ja auch seine Begründung. Zum einen die rechtliche Begründung, das Bilanzmodernisierungsgesetz. In einfachen Worten, wir betreiben Vorsorge, die wir uns leisten können, weil entsprechende Liquiditätsüberschüsse vorhanden sind. Insofern ist gewährleistet, dass trotz eines nominellen Verlustes der Eigenbetrieb sehr gut arbeitet und wirtschaftlich gut aufgestellt ist.

Am 1. Januar diesen Jahres waren weit über 30 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu integrieren. Die Kollegen aus Singhofen sind mit zwei Mitgliedern im Personalrat vertreten. Die Integration ist gelungen, dafür einen ganz herzlichen Dank an die Werkleitung und an alle, die bei diesem Prozess helfend beteiligt waren. Ein Beispiel dafür, wie man gemeinschaftlich Wege gehen kann: Varianten erarbeiten, sachlich, rechnerisch, sozial, ökonomisch, alle Faktoren auf den Tisch legen und dann in aller Ruhe entscheiden. Im Ergebnis muss es das Ziel sein, die Entsorgungssicherheit ökologisch verträglich zu machen und stabile Gebühren zu gewährleisten. Das konnten wir bisher sicherstellen, weil wir gute Partner haben. Stichwort Kooperation und gerade im Bereich der Abfallwirtschaft, die Rheinische-Entsorgungs-Kooperation ist weiter gewachsen. Der Kreis Ahrweiler kommt hinzu. Man spricht mit einer Stimme von 1,3 Millionen Verbrauchern und nicht von 124.000 Einwohnern. Es gibt Kreise in dieser Kooperation mit über 600.000 Einwohnern. Aber jeder hat eine Stimme, jeder hat gleiche Aufgabenstellungen und der Rhein-Lahn-Kreis als kleinster Partner darf sogar mit Frau Bertram und mir die Vorsteheraufgabefunktion ausführen. Das ist ein gutes Klima, ein tolles Miteinander und ich glaube, wenn man so arbeitet, auf Augenhöhe miteinander verhandelt und kooperiert, geht vieles mehr, was wir uns heute vielleicht noch nicht vorstellen können. Ich bin ein großer Verfechter von Kooperationen und sehe da, gerade bei der zentralen Lage unseres Rhein-Lahn-Kreises zwischen den großen Zentren Köln und Frankfurt gute Chancen uns weiter zu stärken.

Einen letzten Baustein möchte ich im Bereich der Wirtschaftsförderung nennen. Die WFG mit ihren drei Mitarbeitern im Team, andere Wirtschaftsförderungsgesellschaften haben das 3- bis 4-fache an Mitarbeitern, leistet gute Arbeit. Über 100 Projekte werden unterstützt, über eine halbe Million Euro Förderung ausgesprochen. Der neue Standortslogan „Wir bringen´s zusammen!“ wurde bewusst gewählt, denn das ist unsere Linie. Zusammenführen um für die Zukunft gut gerüstet zu sein. Dafür einen ganz herzlichen Dank an die WFG und das Team.

Und damit verbunden die Kolleginnen und Kollegen die im Bereich des Volksbildungswerks und der Kreismusikschule hervorragende Arbeit leisten. Bei zahlreichen Veranstaltungen zeigen die jungen Schülerinnen und Schüler der Kreismusikschule eine hervorragende Performance. Und im Bereich der Sprachkurse wird ebenfalls fantastische Arbeit geleistet.

Im Ergebnis, liebe Kolleginnen und Kollegen, bleiben wir bei der Linie. Der Kreis ist auf Konsolidierungskurs. Er investiert und er versucht die Chancen der Zukunft zu

nutzen, indem er stark auf Kooperationen setzt. Das Ganze ist unser Vorschlag, geprägt von einer stabilen Umlage, damit wir diesen Kurs nachhaltig weiterfahren können. Und dass wir mit dem Geld sparsam umgehen, zeigt dieser Haushaltsplan. Derjenige, der ihn gerade in der Hand hält und Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, geben mit Herzblut alles für den Kreis. Vielen Dank dafür!

Ich bitte um Ihre Unterstützung!

Haushaltsrede von Herrn Carsten Göller,
Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion,
zum Kreishaushalt 2018
am 11.12.2017
-es gilt das gesprochene Wort!-

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

beginnen möchte ich mit einem Dankeschön. Ein Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung. Was im Flüchtlingsbereich, in den Verfahren rund um die Windkraft, in der Abfallwirtschaft oder im ZGG mit Herrn Petri an der Spitze geleistet wird ist absolute Spitze. Auch ein herzliches Dankeschön an Bernd Menche und sein Team für die Erstellung des Haushalts. Ich denke das ist ein Applaus wert!

Die SPD-Fraktion findet sich im Haushalt 2018 an vielen Stellen mit Ihren Forderungen wieder. Wir haben ein Paket für die Kindertagesstätten vorgelegt und so für die anstehenden Gremienberatungen als erste und bisher einzige Fraktion klare Ziele formuliert. Wir wollen die U3-Betreuung ausbauen, bei der Leitungsfreistellung mehr machen, die Richtlinien anpassen und das Ehrenamt unterstützen. Im Haushalt schaffen wir damit die Voraussetzung für die Umsetzung dieser Punkte. Dank unserer

Haushaltsdisziplin der vergangenen Jahre können wir jetzt hier in eine wichtige Zukunftsaufgabe investieren.

Außerdem kommt auf unseren Antrag hin die technische Ausstattung der Schulen voran. Wir hatten mal 30.000 Euro als "Versuchsballon" beantragt. Wie sich zeigt, haben die Schulen das Angebot dankbar aufgenommen und daher haben wir im Haushalt einen Vorschlag vorliegen, der den Ansatz auf 630.000 Euro erhöht. Vielen Dank, dass der Vorschlag im Haushaltsentwurf aufgenommen wurde und von allen Fraktionen unterstützt wird.

Im vergangenen Jahr haben wir angemahnt in Sachen Kreisentwicklungskonzept einen Schritt voranzugehen. Leider hat sich die Stellenbesetzung bis Ende dieses Jahres hingezogen. Dennoch wollen wir der Person beste Startvoraussetzungen schaffen. Daher haben wir die Idee an Landrat Puchtler gegeben, die Stelle mit einem Sachkostentitel in Höhe von 50.000 Euro auszustatten. Damit können Expertisen eingeholt werden und in den Bereichen Demografie, Gesundheit und Pflege oder Auswirkungen der Buga 2031 auf den gesamten Kreis kann gearbeitet werden.

Als vierten Punkt wird dieser Haushalt die Möglichkeit eröffnen, weiter in unsere Infrastruktur zu investieren. Im Straßenbau begrüßen wir die Erhöhung des Ansatzes für Kleinmaßnahmen auf 500.000 Euro. Daneben stehen natürlich die regulären Mittel des Kreisstraßenbauprogramms zur Verfügung.

Im Breitband- und Mobilfunkausbau müssen wir unbedingt die nächsten Schritte gehen. Das kann uns mit Hilfe und Unterstützung der WFG und mit der Stelle des Kreisentwicklers gelingen. Wir müssen alles daran setzen die letzte Meile, also die Strecke von den Kabelverzweigern bis zur Haustür, so schnell wie möglich mit Glasfaser auszubauen. Hier erwarte ich, dass der Bund richtig Geld in die Hand nimmt, um den Ausbau schnell und unkompliziert zu fördern. Die SPD wird dazu in Kürze ein Eckpunktepapier für unseren Kreis vorlegen und in diesem Feld muss in unseren Augen der Kreis auch in Zukunft ganz klar seine bisherige Koordinations- und Steuerungsfunktion fortführen.

Alles in allem ist also einiges drin in diesem Haushalt. Dass, obwohl wir in Sachen Schuldenabbau noch lange nicht am Ziel sind. Ich sagte bereits im Ausschuss: Wir sehen das Licht am Ende des Tunnels, aber wir sind noch immer in diesem Tunnel drin!

Wir werden gerade im Bereich Schuldenabbau und Umlageentwicklung im nächsten Jahr deutlicher sehen, wo wir stehen. Das Land hat ein Paket vorgelegt, von dem der Kreis profitieren wird. Was das in Euro und Cent bedeutet, werden wir im kommenden Jahr genau sehen. Ich hoffe auch, dass eine neue Bundesregierung das fortsetzt, was die SPD und CDU in den letzten vier Jahren gemacht haben: Mehr Geld vom Bund für die Kommunen. Da ist noch Luft nach oben.

Kurz noch zu den Wirtschaftsplänen: Was hier seitens der Werkleitung vorgelegt wurde, findet unsere Zustimmung. Unsere oberste Priorität ist

eine dauerhafte Gebührenstabilität. Mit den ausgewiesenen Zahlen gehen wir diesen Weg weiter und das ist gut so.

Damit will ich meine Rede auch beenden. Wir haben einen Haushalt der geradeaus fährt, dennoch in wichtigen Bereichen, wie bei den Kindertagesstätten oder den Schulen, investiert und Schulden abbaut. Was will man mehr? Uns reicht das fürs kommende Jahr und daher werden wir dem Haushalt zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede von Herrn Matthias Lammert,
Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion,
zum Kreishaushalt 2018
am 11.12.2017
-es gilt das gesprochene Wort!-

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte mich zunächst im Namen der CDU Kreistagsfraktion recht herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und bei Herrn Bernd Menche und seiner Stellvertreterin Frau Holl für die gute und umfassende Aufbereitung des Zahlenwerkes bedanken.

Die Situation für den Haushalt 2018 stellt sich aus unserer Sicht erneut besser und solider dar.

Nach den positiven Jahresergebnissen 2015 mit 5,4 Millionen und 2016 mit 10,7 Millionen, mit dem prognostizierten Abschluss 2017 1,6 Millionen, haben wir erneut einen ausgeglichenen Haushalt (4,5 Mio Euro).

Sprachen wir in der Vergangenheit davon, dass der Haushaltsausgleich und die Konsolidierung und Rückführung unserer Schulden nicht zu leisten sind, so können wir heute zumindest optimistischer in die Zukunft blicken.

Das Licht am Ende des Tunnels ist nicht nur ein Kerzenschein der gestrigen 2. Adventskerze, nein, es zeichnet sich tatsächlich mehr als ein Lichtblick ab.

Das Ende der jährlichen Haushaltsfehlbeträge, wie noch in den Jahren 2010 (11 Millionen), 2011 (9 Millionen)...ist nämlich Realität geworden – im Finanzplan sind für die **Jahre 2019 - 2021 keine Fehlbeträge, sondern deutliche Überschüsse prognostiziert.**

Erfreulich dabei ist, dass wir erneut **keine neuen Liquiditätskredite** aufnehmen müssen.

Dies liegt auch an der **guten Wirtschaftslage** und damit verbunden **höchste kommunale Steuereinnahmen (4,6 Mio durch Kresiumlage mehr)**, eine **hohe Steuerkraft** und **eine absolute Niedrigzinsphase !!**

Die Höhe der Liquiditätskredite liegt auch wieder deutlich (7 Millionen weniger) unter der Höhe der Investitionskredite. Das ist ebenfalls aus finanzwirtschaftlicher Sicht positiv.

Sehr geehrte Damen und Herren,

unsere finanziellen Probleme sind nicht durch den Kreis verschuldet, sondern werden maßgeblich fremdbestimmt und sind ein seit Jahren **vieldiskutiertes strukturelles Finanzproblem aller Kreise, Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz.**

Unsere **Kommunen in Rheinland-Pfalz werden von der Landesregierung finanziell seit langem im Stich gelassen und chronisch unterfinanziert.**

Nun hatte die Landesregierung Abhilfe versprochen und Änderungen beim Kommunalen Finanzausgleich angekündigt, der seinerzeit vom Gericht für verfassungswidrig erklärt wurde. Das Ergebnis aber ist enttäuschend. Wirklich neu sind nur die für 2019 in Aussicht gestellten **zusätzlichen 60 Millionen Euro**, wobei abzuwarten bleibt, ob es sich hier wirklich um ‚frisches Geld‘ handelt.

Eine ausgewogene und nachhaltige Finanzierung der Kommunen erfordert eine **Neuausgestaltung des Landesfinanzausgleichsgesetzes**. Wir brauchen Maßnahmen, die eine Verbesserung der Haushaltslage für alle Kommunen bewirken. Dabei reicht es eben gerade nicht aus, beim **Kommunalen Finanzausgleich horizontale Verschiebungen** zwischen den einzelnen kommunalen Ebenen vorzunehmen.

Allein 73 % machen die Ausgaben in den Teilhaushalten 6 (Soziales) und 7 (Jugend und Familie) aus

Positiv und nachhaltig schlägt sich in unserem Haushalt die verstärkte Unterstützung durch den Bund nieder.

Allein durch die 100% Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den **Bund haben wir eine jährliche Kostenersparnis von mehreren Millionen.**

Zudem erhielten wir und erwarten wir uns weitere Zuflüsse des Bundes (aus dem 5 Milliarden Paket jährlich) u.a. für die Kosten der Unterkunft, im Bereich Asyl und der Eingliederungshilfe sowie **Bundesintegrationsmittel.**

Während das Land unermüdlich bei Bund mehr Geld einfordert, wird es seiner eigenen Verantwortung gegenüber den Kreisen, Städten und Gemeinden nicht gerecht. So wurden Bundesmittel, die zur finanziellen Unterstützung der Kommunen gedacht sind, nur in Teilen oder bei Reduzierung der Landesmittel weitergegeben.

2018 weitere Mittel KdU. Land bekommt rund 48 Millionen, aber nur 10 Mio werden weitergereicht. Rhein-Lahn-Kreis **307.000 Euro anstatt 1,46 Millionen !!**
So sieht leider die Unterstützung des Landes Rheinland-Pfalz aus!!

Die CDU Kreistagsfraktion **begrüßt auch die Investitionen im Haushalt**, da diese Investitionen unabdingbar sind für eine künftige positive Entwicklung unseres Kreises.

Dazu gehören z.B. die Bildungsausgaben im **Schulbereich (flächendeckende Ausstattung der Kreisschulen mit Whiteboards 630.000 Euro usw.)**, den Kindertagesstätten und das **Turnhallenprogramm.**

Das gleiche gilt für das Kreisstraßenbauprogramm, wobei wir hier schon ganz klar in den vergangenen Jahren auf Verschleiß gefahren wird.

Daher ist Umsetzung des **Kleinmaßnahmenprogramms für den Straßenbau** sehr erfolgreich.

Wir begrüßen es als CDU Fraktion ausdrücklich, dass die Haushaltsmittel in diesem Bereich wieder nach oben gesetzt wurden von **300.000 Euro (2017) auf jetzt 500.000 Euro (für 2018)**.

Nach der Kürzung im letzten Jahr wegen der Haushaltskonsolidierung bzw. Umlagenabsenkung.

Lückenschluss Radweg, Rettungswesen und Katastrophenschutz sowie die Förderung **des flächendeckenden Breitbandausbaues**.

Auch die Senkung der Kreisumlage haben wir in der CDU Fraktion intensiv diskutiert. Es bleibt festzustellen: Ohne die angestoßene Beantragung der Kreisumlagensenkung durch CDU und FWG im vergangenen Jahr, wäre die Umlage noch **bei 44,8 %**

Immerhin eine Senkung von 0,3 % (44,5 %) erreicht.

Die Frage ist doch – partizipiert nur einer, sprich der Kreis von der positiven Finanzentwicklung oder aber alle sprich die **kommunale Familie!!**

Wir sanieren aktuell den Kreis auf dem Rücken unserer Gemeinden und Städte.

Wir sehen aber leider auch, dass es in diesen Haushaltsberatungen keine Mehrheit für eine Senkung der Kreisumlage gibt.

Uns liegt viel an der konstruktiven Arbeit und wollen daher nicht erneut alleine vortreten - **das heißt jedoch nicht**, dass wir die Vorgaben der ADD, dass eine grundsätzliche Senkung der Kreisumlage bei einem negativen Eigenkapital nicht möglich ist, teilen.

Wir sind klar einer anderen Rechtsauffassung, die vielleicht bei Gelegenheit juristisch ausgetragen werden muss. Nicht die ADD bestimmt, sondern der Kreistag!!

Wir verfolgen weiter das Ziel der Umlagesenkung in den nächsten Haushalten!!

Noch eine Ankündigung zur weiteren Entlastung bzw. Sanierungsmaßnahmen und Investitionen.

Die Ergebnisse der vergangenen Haushalte lagen immer über den prognostizierten Haushaltsabschlüssen.

Sollte dies 2018 ebenfalls der Fall sein (mehr als 4,5 Millionen), dann wollen wir als CDU diese Mittel nicht zur Schuldentilgung einsetzen, **sondern für dringende Sanierungen bei den Kreisstraßen und Schulen (Unterhaltungsmaßnahmen)**.

Dies führt dann zumindest auch zu einer volkswirtschaftlich unmittelbaren Beteiligung der Menschen in unserem Rhein-Lahn-Kreis.

Insgesamt ist der Haushalt 2018 solide aufgestellt und weitestgehend unaufgeregt, da wird die CDU Kreistagsfraktion dem Haushalt 2018 zustimmen.

Wir stimmen ebenfalls den Wirtschaftsplänen Forsteinrichtungswerk und der Eigenbetriebe Abfallwirtschaft zu

Vielen Dank !

Haushaltsrede von Herrn Bernd Hartmann,

Vorsitzender der FWG-Kreistagsfraktion,

zum Kreishaushalt 2018

am 11.12.2017

-es gilt das gesprochene Wort!-

Herr Landrat,
meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,
sehr verehrte Damen und Herren,

ich bin nicht aus den 60ern und auch nicht aus den 80ern, ich bin aus den 50ern und wenn ich mich so umschaue im Kreistag, bin ich da nicht allein. Viele sind aus diesen Jahren und machen so aus meiner Sicht einen Seniorenbeirat mehr als überflüssig, sind wir doch stark im Kreistag vertreten.

Der Haushalt 2018 liegt vor uns und soll nun heute von uns allen beschlossen werden.

Ich weiß an sich nicht, was ich viel zu diesem Haushalt an Worten verlieren soll. Handwerklich sehr gut aufgestellt und unspektakulär. Die nackten Zahlen wurden vom Landrat als auch von meinen beiden Vorrednern der SPD und CDU bereits vorgetragen, so dass ich diese wohl nicht noch mal zu wiederholen brauche. Sie werden dann auch nicht besser bzw. schlechter.

Dieses Jahr nun bereits zum vierten Mal ein Haushalt, der uns zur Beschlussfassung vorgelegt wird mit schwarzen Zahlen. Insgesamt soll es zu einem Jahresplus von rund 4.5 Mio. Euro kommen. An sich müsste man angesichts dieser Zahlen an der Umlageschraube drehen. Aber wir verkneifen uns den Spaß, wie wir ja gelernt haben hat die ADD was dagegen, so lange wir noch ein negatives Eigenkapital haben. Also werden wir mit dem Überschuss die Liquiditätskredite weiter abbauen, was ja auch nicht schlecht ist. Um 7,7 Mio. Euro werden wir sie verringern und hoffen, dass wir eines Tages mal liquiditätsschuldenfrei sein werden. Wobei wir auf meinen Vorschlag hin, und da danke ich allen meinen Kollegen Fraktionssprechern die mit dabei waren und zugestimmt haben, die Gelder für ca. 1/2 Prozent Senkung, also rund

300.000 Euro zusätzlich den Schulen zugeordnet haben, so dass wir hier nun rund 630.000 Euro haben um hier die Digitalisierung in unseren Schulen schneller und zeitnaher voranzubringen. Darin sehe ich dann noch einen vernünftigen Sinn um unseren Nachwuchs zu fördern. Ich weiß, das kostet richtig Geld, aber es ist vernünftig angelegt. Und wir können im kommenden Jahr dann auch in die Turnhallensanierung einsteigen die wir ja beschlossen haben. In Katzenelnbogen wird es mit knapp einer Million losgehen. Aber das ist ja auch nur der Anfang. In den kommenden Jahren werden wir nach und nach alle Hallen des Kreises sanieren wollen.

Viel Geld werden wir auch in unsere Kindergärten im Kreis investieren müssen. Immer mehr Kinder U3 werden in den Kindergärten angemeldet und zum Teil fehlen hier noch die notwendigen Bauten als auch die Gruppen. Vom Land und Bund werden hier Platzgarantien gegeben und wir hier unten können sehen wie wir die erfüllen. Vom Grundsatz: wer bestellt bezahlt, brauchen wir dabei auch nicht reden. Es werden erhebliche Kosten beim Kreis als auch bei den Trägern der Kindergärten bleiben.

Ein Plus auch, wir können im kommenden Jahr mehr in die Kreisstraßen investieren. Aber auch nicht von unserem Geld sondern wir bekommen mehr vom Land, das wir direkt investieren können. Hoffentlich werden die Gelder auch alle verausgabt. Ich habe mit dem LBM so meine Bedenken. Hier sind sie, Herr Landrat und ihre Mitarbeiter gefordert, darauf zu achten, dass wir zügig in die Kreisstraßen investieren. 104.000 Euro mehr für die Kreisstraßen ist schon mal was.

Viel Geld mit rund 900.000 Euro wird auch in den nächsten Jahren verausgabt um die Rettungswache in Nassau neu zu bauen. Gerade mal 20 Jahre ist es her, dass die jetzige Wache in Nassau gebaut wurde. Nun ist sie zu klein, Platz zu gering und nicht sanierungsfähig, daher ein Neubau an anderer Stelle.

Was mir nicht so schmeckt ist das Ergebnis bei unserer Kreismusikschule. Erstmals fehlen im Jahresergebnis mehr als 400.000 Euro. Ich frage mich, wo soll das noch hinführen. Ich möchte die Kreismusikschule ja absolut nicht in Frage stellen, aber wir müssten mal überlegen, ob wir nicht die Zuschusskosten deckeln können. Vom diesjährigen Haushalt zum Haushalt 2018 ein Plus von mehr als 60.000 Euro, das ist schon enorm. Vor allem wenn ich diese Zuschusskosten mal mit den Sportzuschüssen vergleiche, die seit Jahren auf

80.000 Euro festgesetzt sind. Hier muss überlegt werden, ob wir die nicht mal anpassen müssen.

Und was noch viel gravierender ist meine Damen und Herren, ist unser Sozialetat. Von 190 Mio Euro Kreishaushalt entfallen hierauf 136 Mio. Euro, das sind mal schlapp 73,03 Prozent des Gesamthaushaltes.

Wo soll das noch hinführen. Wir werden es sehen. Sollte sich an den Zinssätzen mal was ändern, werden dann wieder rasch rote Zahlen kommen anstatt der jetzigen schwarzen.

Meine Damen und Herren, mehr gibt der Haushalt des Kreises nicht her, und mehr ist zu dem Haushalt auch nicht zu sagen.

Herr Landrat, mein Damen und Herren, nochmals herzlichen Dank allen Haushaltsverantwortlichen beim Kreis, insbesondere Ihnen Herr Menche, wir die FWG werden dem Haushalt ohne Wenn und Aber zustimmen.

Zu den Wirtschaftsplänen des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft kann ich nur sagen, wir werden auch diesen zustimmen. Unsere Abfallwirtschaft arbeitet effektiv und wir halten die Beiträge stabil. Was will man mehr?

Daher insgesamt Zustimmung der FWG Fraktion zu Haushalt und Abfallwirtschaftsplänen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede von Herrn Josef Winkler,
Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen,
zum Kreishaushalt 2018
am 11.12.2017
-es gilt das gesprochene Wort!-

Herr Landrat,

meine Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in diesem Jahr wieder ein Haushaltsplan der sich sehen lassen kann, eine durchaus erfreuliche Entwicklung. Ich darf mich den Dankesworten der Vorrednerinnen und Vorrednern von ganzem Herzen anschließen, sowohl an Herrn Menche als auch an seine Mitarbeiter, aber auch an die anderen Beschäftigten im ganzen Hause.

Wir als Bündnis 90/ Die Grünen freuen uns, dass wir auch im Haushaltsjahr wieder kräftig in unsere Kindertagesstätten, in die Schulen, insbesondere im Bereich der energetischen Sanierung aber auch der Barrierefreiheit, wo ja noch einiges zu erledigen ist, investieren. Auch im Bereich der Medienausstattung sind wir der Auffassung, lieber Herr Göller, dass hier noch einige Baustellen sind. Aber wir haben mit der Sanierung begonnen und es ist besser man beginnt, als es müsste erst noch begonnen werden. Das gleiche gilt natürlich für das Turnhallenkonzept, dass wir ja aus bekannten Gründen noch nicht gestartet haben, aber dann im kommenden Haushaltsjahr loslegen können.

Gleichermaßen sehen wir die Entwicklung beim Breitbandausbau positiv. Aber auch hier ist noch einiges zu erledigen und ich sehe es auch so, dass wir jetzt erst einmal abwarten sollten, was die neue, irgendwann gebildete Bundesregierung im Bereich der Digitalisierung vorhat, bevor wir hier eigenes Geld im größerem Umfang wieder verplanen. Vielleicht gibt es ja Bundesmittel, angeblich ist das Thema Digitalisierung da ja ein ganz Wesentliches in den Beratungen.

Und außerdem gibt es ja noch das Problem, dass wir nicht alles ausschreiben konnten und durften. Es gibt auch noch Gebiete wo die Telekom sagte, sie möchte dort selbst tätig werden und ist aber nicht überall tätig geworden. Auch da müssen wir am Ball bleiben, die Gleichheit der Lebensverhältnisse im Bereich des Breitbandausbaus ist da nur ein Punkt von vielen.

Dagegen natürlich der andere Bereich der Infrastruktur, die Linienbündelung beim ÖPNV. Da geht es ja immer weiter voran. Dies begrüßen wir auch, wobei wir schon feststellen, dass bei den Linienbündeln die bereits losgelegt haben, zum Beispiel hier in Bad Ems / Nassau, die Annahme durch die Bevölkerung durchaus noch

ausbaufähig ist. Ich weiß nicht, ob die Betriebszahlen das so hergeben, aber ich fahre ja jetzt ziemlich regelmäßig nach Mainz, stehe dann am Westbahnhof und schaue mir dann die überwiegend leeren Busse an, die zeitgleich abfahren. Das mag auch daran liegen, dass das Angebot noch nicht bekannt genug ist. Denn es ist wirklich eine deutliche Verbesserung im theoretischen Angebot erreicht worden, aber es wird praktisch zu wenig genutzt und das kann uns eigentlich nicht kalt lassen.

Zur Rheinbrücke wurde schon etwas gesagt, da warten wir einmal ab, wann die Verwaltungsgerichte uns da weiter voranbringen in den Streitigkeiten im Rhein-Hunsrück-Kreis. Sie wissen ja, dass wir kein Problem haben, wenn wir das Geld nicht ausgeben, aber wir können auch damit leben, dass es im Haushalt veranschlagt ist.

Zur Frage der Kreisumlage finde ich es gut, dass wir es jetzt nicht zur jährlichen Turnübung machen, hier Anträge wechselseitig stellen, die dann spätestens bei der ADD wieder gekapert werden. Aber wir haben ja auch mitgemacht bei der 0,3 prozentigen Senkung, wohlwissen, dass es schwierig werden würde mit der Durchsetzung bei der ADD. Nun denke ich, es ist sinnvoll es erst einmal so zu belassen, nachdem wir die Rechtsauffassung kennen. Allerdings sehe ich es wie Herr Lammert. Wenn wir am Jahresende eben doch feststellen, dass wir ein wesentlich positiveres Ergebnis haben als eigentlich gedacht, müsste es eigentlich nicht verboten sein, Phantasien zu entwickeln wie man investieren könnte. Und wir sollten dazu mit der ADD oder direkt mit dem zuständigen Ministerium dann auch einmal in Gespräche gehen. Wir wollen uns ja nicht in rechtlich unsicherem Gewässer bewegen. Denn konsolidieren ist grundsätzlich richtig. Wir wollen nicht jedes Mal wenn die Kassenlage gut ist die Umlage senken. Der Kreis muss auch eine gesunde Finanzierungsgrundlage haben und nachdem das Licht am Ende des Tunnels schon gesichtet wurde, ist der Tunnel aber immer noch einige Jahre lang und es kann noch einiges an Unwägbarkeiten auf uns zukommen.

Das gegeneinander Aufrechnen von Kreismusikschulen und Sportstätten finde ich jetzt nicht gerade gut, muss ich sagen. Das sind ganz unterschiedliche Aufgaben! Es sind im Bereich der Kreismusikschule ja auch Personalausgaben mit zu beachten und ich gebe zu bedenken, dass diese nicht beliebig zu kürzen sind. Kultur und musikalische Bildung sind ein wichtiges Standbein insbesondere hier im Rhein-Lahn-Kreis. Wir haben auch die Förderung bei den Sportstätten, diese bezieht sich eben nur auf die Sportstätten. Aber es gibt auch da noch ganz erhebliche Möglichkeiten an andere Zuschüsse heranzukommen vom Land, vom Innenministerium. Das sollte man nun nicht außer Betracht lassen. Von daher halte ich nichts von einem automatischen Deckel und mit atmenden Deckeln hatten wir schon bei den Jamaika-Verhandlungen nicht so viel Spaß. Das sollten wir jetzt nicht auf der Kreisebene nochmal replizieren.

Ansonsten wollte ich, das wird sich zwar hier im neuen Haushaltsjahr noch nicht auswirken, auch noch etwas zu den Änderungen sagen die das Land plant. Und ich finde nicht, dass das Land sehr geizig ist gegenüber den Kommunen. Ein Drittel des Landeshaushaltes wird an die Kommunen ausgezahlt. Das Land hat auch noch eigene Ausgaben und Aufgaben und dafür verwendet es nur zwei Drittel des Haushaltes, hier kann man also jetzt nicht sagen, dass die Kommunen hier alleine gelassen werden. Im neuen Finanzausgleich, wie er jetzt vorgeschlagen ist und mit den Spitzenverbänden diskutiert wird, sollen ja im nächsten Jahr schon 133 Millionen im kommunalen Finanzausgleich hinzukommen.

Wir haben tatsächlich auch die neue Schlüsselzuweisung, die geplant ist ab dem übernächsten Haushaltsjahr C3, 60 Millionen Euro, wovon 30 Millionen an die Landkreise gehen sollen und 30 Millionen an die kreisfreien Städte und zusätzlich noch Zuweisung an steuerkraftschwache Ortsgemeinden, 15 Millionen mehr als bisher und noch einmal 10 Millionen für Ortsgemeinden die Grundzentrum sind. Ich wollte es nur noch einmal sagen, wenn man nämlich so abstrakt sagt, das Land behandelt die Kommunen schlecht, dann soll man auch die Verbesserungen die vorgeschlagen sind zur Kenntnis nehmen können.

Die Verbandsgemeinden sollen ebenfalls fast 9 Millionen nach der jetzigen Planung im kommenden Haushalt mehr bekommen und die verbandsfreien Gemeinden 4 Millionen Euro. Insgesamt ist dann der kommunale Finanzausgleich zwischen 2013 und 2018 um 900 Millionen Euro gewachsen und wird bis 2021 nochmal um 400 Millionen wachsen. Dann können wir die Steuereinnahmen die gewachsen sind noch mit einbeziehen genauso wie die ab dem Jahr 2020 wegfallende Erhöhung der Gewerbesteuerumlage, die sich netto für die rheinland-pfälzischen Kommunen in Form von 150 Millionen Euro jährlich dann darstellen. Da gibt es also zu unserem Licht im Tunnel durchaus nicht nur die Hoffnung sondern auch die Gewissheit, dass sich an den Finanzströmen von Mainz nach Bad Ems etwas tut.

Und dass was wir ohnehin schon machen, die Umschuldung auf Niedrigzinsen und möglichst langfristige Bindung, auch da soll es nochmal Zinszuschuss durch das Land geben. Auch hier können wir also profitieren.

Für die Fraktion kann ich noch sagen, dass wir die Entwicklung im Bereich der Abfallwirtschaft positiv bewerten und wir dem Forstwirtschaftsplan und Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für das 2018 die Zustimmung erteilen wie auch dem Haushalt insgesamt.

Herzlichen Dank!

Haushaltsrede von Herrn Oliver Sacher
stv. Vorsitzender der LKR-Kreistagsfraktion
zum Kreishaushalt 2018 am 11.12.2017
- es gilt das gesprochene Wort! -

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

betrachtet man den vorgelegten Haushalt 2018, so wird deutlich, dass der Abbau des negativen Eigenkapitals eine zentrale Rolle einnimmt. Unter dieser Vorgabe haben die einzelnen Abteilungen ihre Teilhaushalte eingebracht, wofür wir uns recht herzlich bedanken, wohlwissend, dass die finanzielle Situation des Kreises hier Disziplin und Augenmaß gefordert und nur wenig Spielraum für Maßnahmen gelassen hat, die der ein oder andere vielleicht gerne verwirklicht hätte.

Die Haushaltssituation ist nach wie vor risikobehaftet und vieles hängt von den zukünftigen Entwicklungen im Bereich der Zinsen und des Steueraufkommens ab.

Besonders deutlich wurde dies in der ablehnenden Reaktion der ADD auf die leichte Senkung von 0,3 Punkten bei der Umlage im diesjährigen Haushalt. Letztendlich reduziert sich deren Argumentation auf geltende Gesetze in Hinsicht auf die Überschuldung des Kreises. Es wird uns kurz- und mittelfristig nichts anderes übrig bleiben, als uns mit dieser Situation – laut Plan bis 2024 – abzufinden. Eine Aussicht, hiergegen erfolgreich zu klagen, sehen wir nicht. Primäres Ziel bleibt daher in den kommenden Jahren der Abbau der Überschuldung.

Die Planzahlen bezogen auf den Abbau des negativen Eigenkapitals beinhalten für die kommenden Jahre jeweils einen steigenden Zinssatz, was eine seriöse Planung bestätigt. Dadurch ergibt sich aber auch die Hoffnung, bei weiterhin niedrigen Zinsen dieses Ziel sicher bzw. evtl. schon früher erreichen zu können.

Dass wir aber trotz dieser Situation nun nicht völlig handlungsunfähig sind, zeigen die im Haushalt 2018 geplanten Maßnahmen.

So begrüßen wir im Besonderen die Mehrinvestitionen im Bereich der Digitalisierung in den kreiseigenen Schulen. Hier muss jedoch auch gewährleistet werden, dass neben den Anschaffungen auch eine kompetente Einweisung erfolgt und parallel Maßnahmen zur Weiterbildung des Lehrpersonals im Bereich der digitalen Medien stattfinden.

Laut Bildungsmonitor befindet sich Rheinland-Pfalz auf Platz 11 von 16, was sicherlich keinen Anlass zur Freude gibt. Auch wenn wir als Kreis für die Bildungspolitik nicht verantwortlich sind, bleibt es dennoch unsere Pflicht und Aufgabe dafür zu sorgen, dass die Schulen ordentlich und zeitgemäß ausgestattet werden.

Schaut man sich die Entwicklung der Schülerzahlen an, so sinken sie überall, nur bei den Privatschulen ist eine Steigerung von knapp 9% festzustellen, in absoluten Zahlen sind das nur 124 Schüler, aber ein Trend ist hier im Laufe der letzten Jahre unverkennbar. Daher müssen wir uns diesem Wettbewerb stellen und das tun wir auch. Mit den geplanten Investitionen in Gebäudesanierungen und in die Ausstattungen der Schulen, begleitet vom Beginn der Umsetzung des Turnhallenkonzeptes sind wir hier auf dem richtigen Weg.

Auch die Erhöhung des Budgets für Kleinmaßnahmen im Straßenbau begrüßen wir ausdrücklich und auch die Tatsache, dass sich dieser Posten mit einem eigenen Konto im Haushalt etabliert. So haben wir auch in den kommenden Jahren die Möglichkeit, größere Investitionen in die Zukunft zu verlagern und können trotzdem dafür Sorge tragen, dass sich die Straßen in unserem Kreis in einem annehmbaren Zustand befinden.

Schaut man sich die Tätigkeiten des Job-Centers an, so kann man hier eine ausgesprochen gute Arbeit bescheinigen. Hier wäre es sicherlich interessant, wenn die Leitung des Jobcenters ihre Arbeit hier in einer Kreistagssitzung öffentlich präsentieren könnte – wie von Frau Becker in der letzten Beiratssitzung angeregt. Die Ergebnisse sind wirklich beeindruckend und sollten der breiten Öffentlichkeit nicht vorenthalten bleiben.

Bezüglich der Arbeitsmarktsituation darf man aber nicht vergessen – und das wurde vom Job-Center seriöser Weise auch so dargestellt –, dass das Job-Center nur Symptome erfolgreich behandelt. Die Grundvoraussetzungen für wirtschaftliche Entwicklung hier im Rhein-Lahn-Kreis in Hinsicht auf Infrastruktur, Ansiedlung von Gewerbe und Demographie stehen nichtsdestotrotz auf wackligen Beinen.

Betrachtet man sich die Bevölkerungsentwicklung im Rhein-Lahn-Kreis, so werden wir hier in 20 Jahren voraussichtlich 12% weniger Einwohner haben. Bei den Einwohnern im erwerbsfähigen Alter (20-65) werden es sogar 25% weniger sein, während die Altersklasse 65+ um über 30% steigen wird.

Daher ist es umso wichtiger, dass wir uns auch den Zukunftsprojekten gegenüber nicht verschließen, hier ist z.B. nach wie vor der Bau der Mittelrheinbrücke und die Bewerbung um die Ausrichtung der Bundesgartenschau 2031 zu nennen. Beide Projekte finden hier im Kreistag eine breite Zustimmung und jeder hier investierte Euro ist aus unserer Sicht ein gut investierter Euro.

So erwarten wir auch positive Impulse durch die bereits erfolgreich getätigten Investitionen in den Breitbandausbau in den letzten Jahren. Dieses Projekt wurde vorbildlich geplant und auch professionell realisiert. Die beispielhafte Zusammenarbeit zwischen Kreis, Kommunen, externen Beratern und der Firma Inexio führten dazu, dass der Kreis nun nahezu flächendeckend mit Breitband versorgt ist. Für viele Branchen kam eine Ansiedlung an vielen Orten im Rhein-Lahn-Kreis mangels zeitgemäßer Internetanbindung zuvor überhaupt nicht in Frage. Die günstigen Mieten von Gewerbeobjekten im ländlichen Raum finden nun durch die schnelle Internetanbindung eine attraktive Ergänzung und lassen uns hier auf eine spürbar positive Entwicklung in den nächsten Jahren hoffen.

Aber auch für Privatpersonen bietet ein schneller Zugang ins Netz neue Möglichkeiten. So werden die von Arbeitnehmern begehrten und auch von vielen Unternehmen immer häufiger angebotenen Telearbeitsplätze nun auch für viele Bewohner des Rhein-Lahn-Kreises realisierbar sein. Das führt gerade bei Pendlern zu einer Steigerung der Lebensqualität, spart Umweltressourcen ein und macht den Kreis für den Zuzug neuer Bürger wesentlich attraktiver.

Trotz der in den letzten Jahren verabschiedeten Nachtragshaushalte, welche ohne Ausnahme zu einem jeweils besseren Ergebnis geführt haben, sind die vorgelegten Zahlen für das Jahr 2018 schlüssig und stehen aus unserer Sicht auf soliden Beinen. Die Gründe für die Nachtragshaushalte waren durchweg nicht vorhersehbar und fanden ihre Ursache definitiv nicht in einer schlechten Planung. Viele Nachtragsposten erschienen in ihrem absoluten Umfang groß, wichen prozentual aber nur marginal von den Planwerten ab.

Die LKR-Fraktion stimmt daher dem Haushaltsplan und den Plänen Forstwirtschaft und Abfallwirtschaft für das Jahr 2018 zu.

Herr Basibüyük und ich bedanken uns für die gute Zusammenarbeit und wünschen Ihnen und Ihren Familien, sehr geehrte Damen und Herren, eine besinnliche Weihnachtszeit und für das neue Jahr alles Gute, Gesundheit und Zufriedenheit.

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten
Kolleginnen und Kollegen,

Der Rhein-Lahn-Kreis ist - was seine
Haushaltsentwicklung betrifft - auf einem guten,
zukunftsorientierten Weg.

Im fünften Jahr in Folge legt uns die Verwaltung einen
Haushaltsplan vor, der in den Ergebnisrechnungen
Jahresüberschüsse ausweist. Für 2018 können wir –
prognostiziert sind fast 4,5 Mio. – mit einem deutlich
höheren Überschuss rechnen, als im Vorjahr.

Der Bestand der Liquiditätskredite wird seit 2013
zurückgefahren, allein von Ende 2016 auf Ende 2017
von 45.010 Millionen auf 41.139.763 Millionen.

Dies ist aus meiner Sicht insbesondere ein Zeichen der
Konsolidierung, bedenkt man, dass noch bis 2016 die
Verbindlichkeiten für Liquiditätskredite deutlich höher
waren, als für Investitionskredite – eine ganz
gefährliche Entwicklung, meine Damen und Herren.
Aber, wie gesagt, hier haben wir eine ganz wichtige
Trendwende erreicht. Mittlerweile heben wir uns auch

vom Landesdurchschnitt der Pro-Kopf-Verschuldung aus Liquiditätskrediten deutlich positiv ab.

Auch dieser Haushaltsentwurf ist von dem Bemühen getragen die positive Haushaltsentwicklung des Kreises zu verstetigen. Wir haben das Ziel, wieder Haushaltspläne aufzustellen, die Investitionen in die Weiterentwicklung des Kreises ermöglichen.

Investitionen, die den RLK als attraktiven und lebenswerten Standort für Familien, Senioren und Unternehmen bestätigen und ausbauen.

Alles in allem sind wir - und ich denke das ist unstrittig - auf einem guten Weg! Auf einem Weg der Haushaltskonsolidierung und damit auf einem zukunftsorientierten Weg für unseren Rhein-Lahn-Kreis

Unstrittig allerdings ist auch, dass das Ziel zu einem schuldenfreien Haushalt zu kommen, noch in weiter Ferne liegt. Wir haben bis dahin noch einen anstrengenden Weg vor uns.

Nach wie vor haben wir ein negatives Eigenkapital von knapp 17 Millionen. Immerhin 12 Mio. weniger als vor einem Jahr. Dennoch werden wir nach der mittelfristigen Finanzplanung erst 2024 wieder ein positives Eigenkapital haben.

Der vom Gesetzgeber geforderte Haushaltsausgleich kann nicht nur im aktuellen Haushaltsplan nicht erreicht werden, auch im kompletten Finanzplanungszeitraum wird uns das nicht gelingen.

Bis 2024 also sind wir gezwungen mit diesem Rechtsverstoß zu leben, der mit den Grundsätzen einer geordneten Haushaltsführung eigentlich nicht vereinbar ist.

Trotzdem: der Weg ist richtig.

Die gute Wirtschaftslage und die damit verbundenen höheren Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich tragen ebenso zu der positiven Haushaltsentwicklung des Kreises bei, wie die umgesetzte Entlastung durch den Bund bei der Eingliederungshilfe und die Erweiterung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes, - letzteres bringt den Schulträgern im Kreis 5,730 Millionen sowie weitere Entlastungen bei anstehenden Sanierungsmaßnahmen.

Auch das steigende Kreisumlageaufkommen bringt eine deutliche Einnahmeverbesserung für den Kreis mit sich.

Allerdings stehen dem nach wie vor erhebliche Aufwandssteigerungen gegenüber.

Insbesondere beim Personal- und Versorgungsaufwand haben wir mit erheblichen Steigerungen zu rechnen. Ganz massiv werden sogar die Aufwendungen für die Kindertagesstätten steigen und natürlich insgesamt bei der sozialen Sicherung.

Die Aufwendungen für die Teilhaushalte 6 und 7 nehmen mittlerweile rund 73% des gesamten Haushaltsvolumens ein. Auf diese besondere Belastung zu achten, hat sich die Koalition in Mainz im Koalitionsvertrag verständigt. Hier soll und wird es im Rahmen der Evaluation des kommunalen FAG zu speziellen Entlastungen für Kommunen mit besonderen Belastungen in diesem Bereich kommen. Darüber hinaus wird es aber auch eine zusätzliche Entlastung für alle Kommunen geben – das Land steckt insgesamt weitere 132 Millionen in den kommunalen Finanzausgleich. Das haben die Ministerpräsidentin, die Finanzministerin und der Innenminister in der vergangenen Woche verkündet.

Alles in allem haben wir also – optimistisch betrachtet – Gründe, an einen konsolidierten Haushalt im Kreis zu

glauben. Das wirft natürlich die Frage auf, ob es jetzt opportun wäre, die Kreisumlage zu senken, um die Gemeinden zu entlasten.

Ja, seit 2014 haben wir positive Jahresergebnisse, bis dahin – von 2009 an – allerdings negative Ergebnisse von teilweise dramatischem Ausmaß, wie etwa 2010 mit einem Minus von 11.765 und 2011 von fast 10 Millionen, die, wie ich ja bereits ausgeführt habe, uns noch jahrelang belasten werden. Die Situation der kreisangehörigen Gemeinden dagegen, das gehört zur Betrachtung einfach hinzu, stellt sich deutlich besser dar, als die des Kreises.

Auch die Argumentation, wir lägen mit unserem Umlagesatz deutlich über dem Landesdurchschnitt, stimmt nicht: Die Hebesätze der Landkreise in Rheinland-Pfalz liegen zwischen 40% und 51,14%, sodass wir mit unserem Satz von 44,5% im Mittelfeld liegen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen: diese Betrachtung ist realistisch und mit den sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen muss man auch gleichermaßen realistisch umgehen.

Eine Absenkung der Hebesätze verbietet sich in unserer Situation noch. Wir sind nach wie vor verpflichtet, unsere eigenen Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen. Auch wenn das manchem hier im Kreistag schwerfällt, zu akzeptieren: Uns ist zwar eine kommunale Selbstverwaltung garantiert, aber eben nicht uneingeschränkt. Die Finanzhoheit ist uns im Rahmen der Gesetze gewährleistet. Und das, meine Damen und Herren ist aus meiner Sicht auch gut so!

Wichtig ist für uns jetzt zunächst:

Dort zu investieren, wo es für eine positive Kreisentwicklung am wichtigsten ist und das sind

- Ausbau und Instandhaltung der Infrastruktur, also Sanierung der Kreisstraßen.
- Investitionen in Bildung, also Unterhaltungs- und Investitionsmaßnahmen an unseren Schulen – Stichwort Aufstockung der IGS in Nastätten.
- Aber auch den Ausbau der Digitalisierung an den kreiseigenen Schulen – hier sei auf die Aufstockung von 300.000 € auf 600.000 € noch einmal hingewiesen.

-

- Vor allem auch der Beginn des vom vergangenen Jahr verschobenen Starts unseres kreisweiten Turnhallenkonzepts mit der Sanierung der Schulsporthallen in Katzenelnbogen.
- Den Ausbau der Förderung zur Schaffung weiterer Kitaplätze im Kreis,

um nur die wichtigsten Maßnahmen zu nennen.

Dies ist der Weg, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen - lassen Sie uns ihn gemeinsam gehen, zugunsten der Mitbürgerinnen und Mitbürger unseres Rhein-Lahn-Kreises.

Danke an die Verwaltung, die wieder einmal - wie in den vergangenen Jahren auch - einen Haushaltsplanentwurf vorgelegt hat, der diesem Anspruch gerecht wird.

Danke an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzverwaltung, insbesondere Herrn Menche und Frau Holl sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der Fachabteilungen, die ihren Beitrag zu diesem Entwurf geleistet haben und natürlich auch an den Landrat, der dieses Bemühen bündelt.

Ich stimme für die Freien Demokraten der Haushaltssatzung und dem vorgelegten Haushaltsplan zu, ebenso dem Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftszentrums sowie dem Forsteinrichtungsplan des Kreises.

Ihnen, liebe Kolleginnen danke ich für die bewährt gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr und wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes, frohes Weihnachtsfest und uns allen ein gutes, erfolgreiches Jahr 2018.

Ulrich Lenz

Rede zum Kreishaushalt 2018, Kreistagsitzung 11.12.2017

Obertalstrasse 7
56368 Katzenelnbogen
Tel:06486 902 714
Fax:06486 902 715
kreistag@linke-rhein-lahn.de
www.linke-rhein-lahn.de

Sehr geehrter Herr Landrat Puchtler,
sehr geehrte Damen und Herren,

zuerst möchte ich mich bei unserem Kreis-Kämmerer, Herrn Menche, und seinem Team für den wie immer gut vorbereiteten Haushaltsentwurf bedanken.

Und dieser besteht – wie jedes Jahr – aus einer unüberschaubaren Anzahl von Zahlen.

Darin lesen wir, dass unser Kreis überschuldet ist.
Dass dies ein Verstoß gegen geltendes Recht sei.
Dass unter diesen Vorgaben unser Kreishaushalt erstellt wurde.
Dass wir es trotzdem schaffen, zu investieren.

Doch dies sagt alles nichts darüber aus, wie die Wirklichkeit aussieht, was getan werden müsste - wie es den Menschen, nicht nur im Rhein-Lahn-Kreis, geht.
Aber diese Menschen haben uns gewählt, damit wir uns um ihre Interessen und Probleme kümmern.
Nicht die Zahlen im Kreishaushalt sind für sie interessant, sondern was für sie durch unsere Politik dabei herauskommt.
Unsinniger Weise steht aber das Diktat der schwarzen Null über allen unseren Entscheidungen. Und ein Problem ist, dass dies nur begrenzt den betriebswirtschaftlichen Aspekt beleuchtet.

Das Mantra
„Wir dürfen nicht mehr ausgeben, wie wir einnehmen“
bewirkt, dass viele Projekte zu klein geraten oder weit in die Zukunft geschoben werden.

Schulen und Straßen verfallen, Menschen müssen während ihrer Arbeitslosigkeit oder im Alter mit Geldmengen auskommen, für die unsere Bundeskanzlerin gerade einmal Essen geht.

Da wir letztes Jahr – trotz meiner Bedenken - die Kreisumlage leicht gesenkt haben, bekamen wir zusätzlich von der ADD den Gürtel noch enger geschnallt, wie er eh schon ist.

Wir sind nur noch ein Vollstreckungsorgan der uns vorgelegten Aufgaben:
Die Gestaltungsmöglichkeiten durch die gewählten Vertreterinnen und Vertreter unseres Kreises sind so gut wie auf dem Null-Punkt angelangt.

Alles nur wegen der schwarzen Null.

Doch das ist volkswirtschaftlich eine Bankrotterklärung.

Dazu ein Blick nach Europa, auf zwei vergleichbare Länder.
Die wegen ihrer Schuldenkrise strengste Auflagen erhalten haben.

Das erste Land ist Griechenland, das krampfhaft versucht, diese Auflagen zu erfüllen:
In Griechenland ist die Wirtschaft zusammengebrochen, die Filetstücke des Staatseigentums werden zu Schleuderpreisen verschleudert, es werden Löhne gesenkt, die Ausgaben für Sozialleistungen wie z.B. die Renten und das Gesundheitswesen drastisch gekürzt... - und vieles, vieles mehr.

Griechenland ist faktisch kollabiert.

Die Aussichten, in absehbarer Zeit den Menschen im Land wieder ein besseres, ja vielleicht sogar lebenswertes, Leben zu ermöglichen, tendieren faktisch gegen Null.

Mit Ach und Krach schafft es Griechenland seine Schulden-Rückzahlungen hinzubekommen.
Aber unser Finanzminister meint, dass dies die einzige Möglichkeit ist, um wieder zu gesunden.

Das zweite Land ist Portugal:

Dort wurden die Auflagen ignoriert, u.a. wurden die Löhne der Staatsbediensteten erhöht, auch wurde die Investitionsquote des Staates erhöht... und vieles mehr.

Es ging ein Aufschrei durch die Finanzwelt, dass dies der Untergang Portugals sei. Doch Portugal hat sich wirtschaftlich erholt. Auch hat sich die Arbeitslosenquote drastisch gesenkt.

Die Rückzahlungen an den IWF werden überpünktlich gezahlt, ja es wurde sogar schon die Rate für 2021 überwiesen.

Jetzt frage ich in die Runde:

Ist der volkswirtschaftliche Ansatz, so wie in Portugal durchgeführt, nicht doch der bessere?

Wenn ich mir, unser Bildungssystem ansehe, oder die Infrastruktur. oder die prekär lebenden Rentnerinnen und Rentner - sowie die HartzIV-ler, die meist unverschuldet arbeitslos sind oder einen Zuschuss zu ihrem viel zu niedrigem Lohn bekommen:
Wäre es nicht sinnvoll, den Irrweg der schwarzen Null zu verlassen und durch Gesetzesänderungen intensiv in die Menschen sowie in unsere Zukunft zu investieren?

Jetzt noch ein Beispiel um den finanziellen Spielraum unseres Staates zu erhöhen, auch wenn es mir schwer fällt in der momentanen politischen Situation nach den USA zu schauen:

Jeder US-Bürger muss seine Steuer in den USA zahlen, selbst wenn sein Wohnsitz außerhalb des Staatsgebietes liegt.

Warum geht das nicht in Deutschland?

Die dadurch erlangten Mehreinnahmen kämen Allen hier im Land zu gute.
Einen Staat saniert man nicht, in dem man die Ausgaben kürzt, sondern in dem man versucht, die Einnahmen zu erhöhen.

Andere Beispiele zur Erhöhung der Staatseinnahmen, wie die oft falsch verstandene Millionärssteuer oder eine Erbschaftssteuer oberhalb eines Freibetrages – diese Maßnahmen würden nur einen Bruchteil der Menschen im Land betreffen, aber viel Geld in die Kassen unseres Staates spülen.

Für über 90% der Menschen würde es sich positiv auswirken.

Und deswegen mein sich jedes Jahr wiederholender Appell, dieses mal aber noch intensiver wegen der Umstände in Berlin:

Liebe Kreistagsmitglieder der Parteien, die versuchen eine neue Bundes-Regierung hinzubekommen:

Hört nicht auf die Lobbyorganisationen, sondern auf die Menschen im Land.

Sorgt für eine Umorientierung zum Wohle der Menschen - und rennt nicht neo-liberalen Irrwegen hinterher.

Ich erinnere auch noch einmal an unser tolles Kreisentwicklungskonzept, das mit einer schwarzen Null nur schwer zu verwirklichen ist.

Da ich die Meinung vertrete, dass wir im Rhein-Lahn-Kreis mehr für die Menschen machen müssen, dafür aber leider nicht genug Geld zur Verfügung gestellt bekommen, werde ich mich beim Kreishaushalt enthalten.

Zum Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Abfallwirtschaft sowie Forstwirtschaft:

Die Zahlen wurden in den Unterlagen - und heute hier - schon sehr gut erläutert.

Denen werde ich zustimmen.

Ich wünsche allen hier Anwesenden eine geruhsame und schöne Weihnachtszeit.

Ich bitte Sie aber auch, an unsere Mitmenschen zu denken:

- an die Menschen in Deutschland, die in einer kalten Wohnung ohne Strom leben, weil sie nicht genug Rente oder Verdienst haben
- an die über 800.000 Wohnungslosen in Deutschland, die dieses Fest der Menschlichkeit auf der Straße feiern
- an die vielen Menschen die auf der Flucht vor Kriegen und Armut sind
- an Alle, die nicht das Glück haben, in Frieden, Freiheit und Wohlstand zu leben.



Kreistagsmitglied für **DIE LINKE** im Kreistag Rhein-Lahn